



Nr. 204. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang. Freitag, den 2. September 1921. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.00 mit Postgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die Vorgänge im Reich.

Besprechung der inneren Lage zwischen Reichsregierung und Parteien.
Berlin, 2. Sept. Wie mehrere Blätter melden, findet heute vormittag beim Reichskanzler eine Besprechung statt, an der der Präsident des Reichstags, die Führer der Koalitionsparteien, der Abgeordnete Dr. Stresemann und einige andere führende Persönlichkeiten und Parlamentarier teilnehmen werden. Gegenstand dieser Besprechung dürfte der gesamte Komplex von wichtigen Fragen der inneren deutschen Politik bilden, die auf eine baldige Entscheidung drängen.

Die Reichsregierung und der Belagerungszustand in Bayern.

Berlin, 2. Sept. Zu der Blättermeldung, daß wegen der Verschärfung des Belagerungszustandes in Bayern zur Zeit schon Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung stattfinden, erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von zuständiger Stelle, daß bis jetzt in Berlin von derartigen Verhandlungen noch nichts bekannt ist. Jedenfalls sei die Nachricht unzutreffend, daß es bereits feststehe, daß der Reichspräsident die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern beschließen würde. — Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ist anzunehmen, daß unmittelbar nach der heute früh erfolgten Rückkehr des Reichskanzlers die Beratungen über diese Frage aufgenommen werden. Den Anlaß dazu bietet die Sitzung des sogenannten Ueberwachungsausschusses des Reichstags, der von seinem Vorsitzenden, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Werfeld für heute einberufen worden ist, mit der Tagesordnung „Der Ausnahmezustand in Bayern“.

Der Bizekanzler über die Bedeutung der Demonstrationen.

Berlin, 1. Sept. Ein Vertreter des „Berliner Tageblattes“ hatte eine Unterredung mit dem Bizekanzler Bauer, der ausführte, ihm scheine bei der gestrigen Demonstration von besonderer Wichtigkeit die Haltung der unabhängigen Sozialdemokratie, die ihre Entwicklung zum demokratischen Standpunkt in erfreulicher Weise zum Ausdruck brachte. Die gesamte wertvolle Bevölkerung Deutschlands stehe auf dem Boden der demokratischen Republik. Bei seinem (Bauer's) Aufenthalt in Kissingen seien er und Scheidemann während der Spaziergänge am Brunnen andauernd Gegenstand wüßtester und unflätigster Beschimpfungen von deutsch-nationaler Seite gewesen. Ueber die Ermordung Erzbergers hätten zahlreiche Leute ihre Befriedigung ausgesprochen. Es war notwendig für die Reichsregierung, den Schürern dieses politischen Hasses energisch entgegenzutreten, um blutige Ereignisse in Deutschland zu verhindern.

Weitere Zeitungsverbote.

Berlin, 1. Sept. Der Reichsminister des Innern hat auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August den „Berliner Lokalanzeiger“ und den „Tag“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten, weil diese Blätter einen Artikel des „Miesbacher Anzeigers“ abgedruckt haben, in dem das gegen diese Zeitung ausgesprochene Erscheinungsverbot verhöhnt und die Reichsregierung mit Beschimpfungen überhäuft wird.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen.

Berlin, 31. Aug. Der Reichspräsident hat mit Wirkung ab 1. September den noch verbliebenen Teil des Ausnahmezustandes in Ostpreußen aufgehoben.

Die bürgerlichen Parteien Bayerns gegen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

München, 1. Sept. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Mittelpartei, der Deutsch-demokratischen Partei und des Bayerischen Bauernbunds erlassen folgende Kundgebung: Die unterzeichneten Koalitionsparteien des bayerischen Landtags haben sich eingehend mit der augenblicklichen politischen Lage befaßt. Sie bedauern gemeinsam aufs tiefste die Erschütterung der politischen Moral, die sich von unverantwortlicher Seite in einer verwerflichen Verhöhnung gegen Reichs- und Staatsregierung in gleicher Weise geltend macht. Sie verabsäumen die erbärmliche Mordtat, die an dem Reichstagsabgeordneten Erzberger verübt wurde und erkennen es als Pflicht der Reichsregierung und der Landesregierungen an, gegen diese Verhöhnung des Volkes und gegen die Bedrohung und Verächtlichmachung des Staates mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einzuschreiten. Sie halten es aber für eine selbstverständliche Pflicht der politischen Verantwortlichen wie der Klugheit, daß die Abwehr gleichermaßen nach allen Seiten erfolgt, von denen eine Verhöhnung und Gefährdung ausgeht. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 und die Bestrebungen, die auf eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern hinarbeiten, greifen so tief in das staatliche Einzelleben ein, daß sich aller derer, die in der Beseitigung des eigenständlichen Cha-

rakters der Länder die größte Gefahr für die deutsche Einheit erblicken, die größte Erregung bemächtigt hat. Ohne jeden vorherigen Gedankenaustausch mit der bayerischen Regierung hat die Reichsregierung Entscheidungen getroffen, die weit in die innerpolitischen Verhältnisse der Länder eingreifen. Gegen diese Methode legen wir entschieden Verwahrung ein. Die Gefahr eines weiteren unmittelbaren Eingreifens in die innerpolitischen Verhältnisse des freien Staates Bayern durch die Reichsregierung steht bevor. Von der bayerischen Staatsregierung ist sofortige und völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erzwungen zu werden, ist eine Zumutung, die mit dem Ansehen und der Autorität einer Staatsregierung nicht mehr vereinbar ist. Die unterzeichneten Fraktionen des bayerischen Landtags, hinter denen die überwältigende Mehrheit des bayerischen Volkes steht und denen die Erhaltung der Einheit des Reiches ebenso sehr am Herzen liegt wie die Wahrung der Rechte des bayerischen Staates, ersuchen die Reichsregierung mit aller Eindringlichkeit und im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, von Maßnahmen Abstand zu nehmen, welche die Belange von Reich und Ländern in gleichem Maße aufs schwerste gefährden können. Die Reichsregierung darf zu Bayern das Vertrauen haben, daß sie in dem bayerischen Volk stets einen zuverlässigen Bundesgenossen haben wird, wenn es sich um den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und die Sicherheit im deutschen Lande handelt. Das bayerische Volk, das nach seiner geschichtlichen Entwicklung und infolge seiner ständischen Zusammenfassung ein ausgesprochenes demokratisches Empfinden besitzt, kann jedoch eine einseitige Anwendung außerordentlicher Maßnahmen in keiner Weise billigen. Die unterzeichneten Fraktionen des bayerischen Landtags geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung im Benehmen mit der bayerischen Staatsregierung doch noch einen Weg finden wird, der geeignet ist, die verfassungsmäßige Ordnung und die Sicherheit aufrecht zu erhalten und der politischen Kampfmethode in Deutschland, welche nicht scharf genug verurteilt werden kann, mit Erfolg entgegenzutreten, ohne daß die Länder ins innerste Mark ihrer staatlichen Selbständigkeit getroffen werden, was statt der von der Reichsregierung angestrebten Ruhe und Ordnung nur neue Unruhe und Unordnung schaffen würde.

Der bayerische Ministerrat gegen die Reichsregierung?

Berlin, 1. Sept. Wie die Blätter aus München melden, beschäftigte sich der bayerische Ministerrat, der gestern bis in die Abendstunden tagte, mit den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit, sowie mit dem jüngsten Erlass der Reichsregierung, vor allem mit den Zeitungsverboten und dem Verbot des Uniformtragens. Der Ministerrat soll beschlossen haben, gegen diese Verordnungen bei der Reichsregierung nachdrücklich Einspruch zu erheben und zwar sowohl gegen die Form der Erlasse wie auch gegen ihren sachlichen Inhalt.

Wie die Blätter weiter aus München melden, sind trotz des Verbots des Reichsministers des Innern der „Wölkische Beobachter“ und der „Miesbacher Anzeiger“ gestern erschienen.

Der republikanische Reichsbund fordert die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Berlin, 1. Sept. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Weimar richtete gestern der Republikanische Reichsbund ein Telegramm an die bayerische Staatsregierung, in dem er diese dringend bittet, endlich den Belagerungszustand über Bayern aufzuheben und den monarchistischen Bestrebungen entgegenzutreten. Unterzeichnet ist das Telegramm vom Freiherrn v. Brandenstein.

Antimonarchistische Kundgebungen in Speyer.

Speyer, 1. Sept. Bei der gestrigen Kundgebung drang eine Anzahl Demonstranten in das Regierungsgebäude ein, wobei es zu Bedrohungen und Tätlichkeiten gegenüber einigen Beamten kam. Die Demonstranten zogen von Zimmer zu Zimmer und warfen die dort befindlichen Monarchenbilder und -Wäfen auf die Straße und in den Hof.

Die Verfolgung der Mörder Erzbergers.

(S.W.) Tübingen, 1. Sept. Wie der „Schwäb. Merkur“ meldet, wurde am Mittwochabend ein Student verhaftet, der in der Gegend gewesen sein soll, wo die Mordtat an Erzberger geschah. Zwei Schußwaffen wurden ihm abgenommen.

Der Reichskanzler gegen die Gerüchte über Erzbergers angebliche Pläne.

(S.W.) Stuttgart, 1. Sept. Anlässlich der Verdrigung Erzbergers legte ein Vertreter des „Deutschen Volksblatts“ dem Reichskanzler Dr. Wirth einige Fragen vor über Erzberger und die Behauptungen seiner politischen Gegner. Der Reichskanzler erklärte, daß die

ganze Sache freivol erfunden sei. Niemand in Zentrumskreisen habe auch nur ein Wort verlauten lassen, als ob nun Erzberger der Nachfolger Trimborns werden müsse. Der Kanzler würde dieser Gedanken abgelehnt haben. Daß Erzberger an so etwas gedacht habe, sei ganz ausgeschlossen. Man habe in Zentrumskreisen eben Unruhe stiften wollen. Auch die Behauptung, daß die Reichsregierung und das Reichsfinanzministerium Erzberger beauftragt hätten, neue Steuergesetze auszuarbeiten, die den Besitz besonders treffen sollten, und daß zu diesem Zweck 12 Sachverständige für Erzberger zur Verfügung gestellt wurden, sei ebenso dreist aus den Fingern geblasen. Nicht ein wahres Wort sei an der ganzen Behauptung. Erzberger habe weder Aufträge bekommen, noch sich für solche Dinge angeboten. Der Kanzler schloß damit, daß er seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß das katholische Volk Deutschlands dem Andenken Erzbergers gerecht werde und es trotz alledem in hohen Ehren behalte.

Das Beileidstelegramm des württ. Staatspräsidenten.

(S.W.) Stuttgart, 1. Sept. Staatspräsident Dr. Hieber, der gestern aus dem Urlaub zurückkam, hat an die Witwe Erzbergers folgendes Telegramm gerichtet: Mit tiefer Entrüstung hat mich die Kunde von dem abschaulichen Verbrechen erfüllt, dem Ihr Gatte zum Opfer gefallen ist. Leider verhindert, an der Beisetzung heute persönlich teilzunehmen, spreche ich Ihnen meine wärmste Teilnahme an der schweren Trauer aus, die Sie betroffen hat.

Staatspräsident Hieber über die Haltung der württembergischen Regierung.

(S.W.) Stuttgart, 1. Sept. Am Mittwochabend fand auch hier auf dem Marktplatz eine Massentendgebung der Mehrheits-, Sozialisten, Gewerkschaftler, Unabhängigen und der Kommunisten statt. Rund 10 000 Menschen hatten sich auf dem Marktplatz eingefunden um die Redner, die von fünf Punkten aus gegen die Reaktion, gegen den Mord und für die Republik sprachen. In einem Riesendemonstrationszug über die Königsstraße zum Gewerbehallenplatz kam dann die Zusammenfassung des Juges näher zur Erscheinung. Die Kommunisten hatten auch eine Kindergruppe aufgebildet. Die Fahne mit dem Sowjetstern fehlte nicht, auch nicht Plakate mit Aufschriften: Wir hungern, nieder mit Ludendorff, Helfertid usw. Die Demonstration nahm im übrigen einen ruhigen Verlauf. Auch die Straßenbahnen hatten für 10 Minuten ihren Verkehr stillgelegt. Eine dreistöckige Abordnung der Demonstranten erschien beim Staatspräsidenten Dr. Hieber, um die Forderungen der drei sozialistischen Parteien vorzutragen, die dahin gehen, daß die württembergische Regierung den Kampf für die Republik aufnimmt, den Beamtenkörper, die Reichswehr und die Polizei von Reaktionen säubert, daß das monarchistische System, die militaristische Propaganda usw. beseitigt, der Belagerungszustand aufgehoben und die Errungenschaften des Achtstundentages festgehalten werden. Staatspräsident Dr. Hieber erklärte hierauf: „Ich verstehe und würdige vollkommen die Besorgnisse, die Sie zu Ihrem heutigen Vorgehen veranlaßt haben und nehme vom Standpunkte der Staatsregierung aus gerne Kenntnis davon, daß Sie bereit sind, mit Leib und Leben die Republik zu schützen. Ich selbst habe während meiner bisherigen Ministerzeit nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ich der Ueberzeugung bin, daß ein Wiederaufbau und eine ruhige Entwicklung Deutschlands nur auf republikanischer Grundlage und in demokratischem Geiste möglich ist. Wenn ich auch die Gefahr für den Bestand der Republik in Württemberg zur Zeit noch nicht so unmittelbar drohend ansehe, so halte ich doch im Hinblick auf das aufreizende Verhalten gewisser Kreise und da Deutschland heute mehr wie je Ruhe und Geschlossenheit braucht, Ihre Forderung, energische Maßnahmen gegen die Ruhestörer im Reich zu ergreifen, für berechtigt. Alle Versuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, der Republik auf anderem als verfassungsmäßigem Wege entgegenzutreten, sind rücksichtslos zu bekämpfen. Was Ihre Forderungen zur Rechtspflege, bezüglich der Reichswehr, des 8-Stundentages und der Koalitionsfreiheit anlangt, so fallen Sie in die Zuständigkeit des Reichs; ich werde aber, entsprechend der Haltung der württembergischen Regierung im eigenen Lande, bei der Reichsregierung nachdrücklich für tunlichste Erfüllung dieser Forderungen eintreten. Zur Beamtensfrage bin ich der Meinung, daß Ihnen so wenig wie mir an einer kleinlichen Gefinnungsschnüffelei unter den Beamten, der Polizei und den Soldaten gelegen sein kann, daß aber doch mehr als bisher darauf gedrungen werden muß, daß kein Diener des Staates seine amtliche Stellung gegen die Republik mißbraucht. Die Beseitigung illegaler Organisationen hält auch die Regierung für dringend geboten. Von diesen meinen Ausführungen bin ich überzeugt, daß sie auch von den übrigen heute nicht anwesenden Mitgliedern der Regierung geteilt werden.“

Advertisement on the left margin including: 'Anladung', 'Freunde und Be...', 'tag, den 3. Sept.', 'Feier', 'Oberkollbach', 'roth, Oberkollbach', 'auer, Spindlershof', 'in Altburg', 'tag', 'Ankränke', 'Nagold', 'Oberamt Calw', 'Farren', 'verkauf', 'erklärtigen Zuschauern', 'ren gekauft', 'ahre alt. 12 Jre. Schw.', 'den 7. September 1921', 'eigenam.', 'gut eingeführt am Platz', 'ichtigen, kautionsfähigen', 'eter', 'Berwaller.', 'W. G. 203 an die G.', 'hrbare', 'it Presse', 'kat Stobree', 'mittags 12 Uhr', 'r., Simmozheim.', 'den Bezirk Calw', 'ältlich das Stück zu 50', 'der Geschäftst. ds. Blattes.', 'Tapeten', 'großer Auswahl auf Lager', 'Emil G. Widmaier', 'Bahnhofstraße.', 'immobliertes Zimmer', 'interstellen v. Möbelnge.', 'ingeb. umt. R. G. 203 an', 'Geschäftsstelle ds. Bl.', 'tides Fräulein sucht', 'es, heizbares', 'Zimmer,', 'mit Pension oder Kost', 'egenheit zu mieten.', 'ingeb. unter S. G. 203 an', 'Geschäftsst. dieses Blattes.', 'Paketkarten', 'Lieferscheine', 'erhalten Sie rasch in der', 'A. Oelschläger', 'Buchdruckerei Calw.'

Die Kundgebungen in Württemberg.

(SCH.) Stuttgart, 1. Sept. In allen größeren Städten des Landes, vorallem in den Industriegemeinden, veranstaltete die Arbeitererschaft am Mittwoch abend Demonstrationen und Umzüge, die überall einen geordneten Verlauf nahmen. Bei den Massenversammlungen hier, in Göttingen, Göttingen, Neulingen, Heilbronn, Tutlingen, Oberndorf, Ulm und in den Vororten Stuttgarts sprachen die Führer der Arbeiterbewegung, sowie verschiedene Abgeordnete der drei Linksparteien. Meist hatten sich die Gewerkschaften den Parteien angeschlossen. In allen Orten wurden die bekannten fünf Forderungen erhoben und das Gelöbniß abgelegt, den Kampf gegen die Reaktion in geschlossener Front bis zur restlosen Erfüllung der Forderungen zu führen. Die „Schwäb. Tagwacht“ nennt die Kundgebungen eine Warnung an die Reaktion und eine Mahnung an die Regierungen des Reiches und der Länder. Diese müßten nun wissen, daß sie gegenüber allen reaktionären Bestrebungen die geschlossene Macht der deutschen Arbeitererschaft hinter sich habe, die sich keine Wiederherstellung des alten Regimes, des militaristischen und monarchistischen Obrigkeitsstaates gefallen lassen werde. Der „Kommunist“ bezeichnet die Antwort des Staatspräsidenten auf die Forderungen der Arbeiter als eine glatte Verhöhnung der Arbeiter. Solche Kundgebungen dürften nicht nur von diversen Leuten als Sprungbrett auf den Ministerstempel gebraucht werden. Die Kundgebung müßte ein Auftakt werden für weitere Kämpfe.

Bürgerpartei und Bauernbund gegen die Erlasse der Reichsregierung.

(SCH.) Stuttgart, 1. Sept. Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbundes des württ. Landtags hat an die württembergische Staatsregierung folgende große Anfrage gerichtet: 1. Der Reichspräsident hat am 29. August eine Verordnung erlassen, wonach Druckschriften, deren Inhalt zu Gewalttaten gegen Vertreter der demokratisch-republikanischen Staatsform auffordert oder anreizt, verboten werden können. Nicht verboten werden können also Druckschriften, welche zu Gewalttätigkeiten gegen Vertreter anderer politischer Anschauungen auffordern oder anreizen. Diese Unschicklichkeit muß die Wirkung haben, daß solche Aufforderungen als erlaubt, ja als erwünscht betrachtet werden. Schon dieser den Geboten jeder Gerechtigkeit widersprechende Teil macht die ganze Verordnung ungültig. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den alle gerecht und billig denkenden Volksgenossen empörenden, den inneren Frieden gefährdenden Akt der Rechtsungleichheit zu beseitigen? Beabsichtigt die württ. Staatsregierung zur Durchführung dieser zweifellos ungültigen Verordnung württ. Vollstreckungsorgane weiterhin zur Verfügung zu stellen?

2. Auf Grund der erwähnten Verordnung wurde die „Süddeutsche Zeitung“ verboten, trotzdem die Zeitung seit der Verkündung erst einmal erschienen war und zweifellos keine in der Verordnung bezeichnete Voraussetzungen gegeben war. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diese in der Geschichte Württembergs unvorhergesehene verfassungswidrige Maßregel schnellstmöglich rückgängig zu machen?

3. Der angebliche Zweck der die verfassungsmäßigen Grundrechte aufhebenden Verordnung soll Milderung der politischen Gegensätze sein. Ist der Staatsregierung bekannt, daß in Württemberg die Blätter der sozialdemokratischen, unabhängigen, kommunistischen Parteien seit Monaten die Angehörigen und Vertreter der nationalen Presse mit Schmähungen überhäufte und in unverschämter Form zu Gewalttätigkeiten anreizt? Was gedenkt die Staatsregierung gegen diese Ausschreitungen zu tun, um das von uns immer wieder betonte Ziel der Volksversöhnung und der Sammlung zur Vaterländischen Einheitsfront zu erreichen und die vom württ. Volk verlangte gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger zu gewährleisten?

Basille, Dr. Schott, Dr. Weiswänger, Dr. Kist, Siller, Wibber, Klotz.

An den Landtagspräsidenten Walter in Ellwangen hat die Fraktion folgendes Telegramm gerichtet: Bürgerpartei und Bauernbund beantragen sofortige Einberufung des Landtags zwecks Besprechung der Großen Anfrage der Abgeordneten Basille und Genossen. Basille. An den Reichsminister des Innern in Berlin wurde folgendes Telegramm abgesandt: Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbundes im württembergischen Landtag legt Verwahrung gegen verfassungswidriges Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ ein und erwartet sofortige Aufhebung.

(SCH.) Stuttgart, 1. Sept. Die Reichsregierung hat das Erschellen der „Süddeutschen Zeitung“ bekanntlich auf 14 Tage verboten. Das Blatt hat durch seinen Rechtsvertreter, Rechtsanwalt Dr. Schott, gegen dieses Verbot telegraphisch Einspruch erhoben. In der schriftlichen Begründung hiezu wird gesagt, daß ein Verbot nur dann gerechtfertigt werden könnte, wenn der Inhalt der „Süddeutschen Zeitung“ nach Inkrafttreten der Verordnung durch die Bestimmungen gebot würde. Es sei seit der Verordnung der Reichsregierung weder zu Gewalttätigkeiten noch zu Ungehorsam aufgereizt worden. Wenn es der Reichsregierung um Herstellung des inneren Friedens zu tun sei, dann dürften die mehr als 20000 Leser des Blattes nicht den Eindruck bekommen, als ob im freien Volkstaat mit zweierlei Maß gemessen werde. Durch das Verbot werde das Unternehmen wirtschaftlich aufs schwerste geschädigt, die Arbeiterschaft der Druckerei um ihr Brot gebracht. Zum Schluß wird um sofortige Aufhebung des Verbots ersucht bezw. unverzüglich Vorlage der Beschwerde an den Ausschuß.

Aufruf des württ. und badischen Zentrums zur Errichtung einer Sühnekapelle.

(SCH.) Biberach, 1. Sept. Die württembergische und badische Zentrumsfaktion erlassen folgenden Aufruf zur Errichtung einer Sühnekapelle für Erzberger: Gefinnungsgenossen! Der Vater frommer Sitte folgend, hat das Zentrum von Württemberg und Baden beschlossene, an der Opferstätte, wo unser Erzberger als politischer Märtyrer sein Blut für unsere Ideale vergossen hat, eine schlichte Sühnekapelle zu erbauen, und an der Tanne, unter deren Ästen er sein Leben aushauchte, einen Gedenkstein zu errichten. Alljährlich am 26. August soll ein Sühneopfer dort gefeiert werden. Das Grabdenkmal in Biberach soll unsere Stiftung sein. Wir bitten unsere Freunde und Freun-

dinnen, einen Baustein zu stiften. Am offenen Grabe Erzbergers, Biberach, den 31. August 1921.

Der Stand der oberschlesischen Frage. Bestellung einer Prüfungskommission im Völkerbundsrat.

Genf, 1. Sept. Die auf heute nachmittag 4 Uhr anberaumte Sitzung der außerordentlichen Session des Völkerbundsrats, die sich mit der oberschlesischen Frage befaßt, dauerte nur eine knappe halbe Stunde. Kurz vor 5 Uhr wurde darüber folgende amtliche Mitteilung bekanntgegeben: 1. Um dem Räte die Möglichkeit zu geben, sich in voller Unabhängigkeit seine Meinung über die ihm unterbreitete Frage zu bilden, sind seine Mitglieder einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß es wünschenswert ist, eine vorläufige Prüfung der Frage durch die Vertreter von Belgien, Brasilien, China und Spanien vornehmen zu lassen, also von solchen Staaten, die an den vorangegangenen Untersuchungen und Beratungen nicht teilgenommen haben. 2. Den Vertretern dieser Mächte erwächst die Aufgabe, die verschiedenen Grundfragen des Problems zu prüfen, sowohl nach den von dem Obersten Rat übermittelten Dokumenten, als auch mit Hilfe sonstiger Informationsquellen. 3. Sie werden das Recht haben, alle die Berichte dieser Mächte, die sie für nützlich erachten und die erforderlichen technischen Beiräte zu berufen. Wünschenswert ist, daß die zu berufenden technischen Beiräte an den vorhergegangenen Untersuchungen und Diskussionen nicht teilgenommen haben und, soweit es möglich ist, unter den Persönlichkeiten gewählt werden, die bereits an den Arbeiten der technischen Organisationen des Völkerbunds teilgenommen haben. Einwohner des oberschlesischen Gebiets, Deutsche sowohl wie Polen, können berufen werden, um wichtige Ueberblicke über die örtlichen Verhältnisse zu geben. 4. Die Vertreter der erwähnten Mächte werden die Einrichtungen des Völkerbundsrats zu allen Anordnungen, die sie für erforderlich erachten, zur Verfügung haben. 5. Sie werden ihre Arbeiten nach freiem Ermessen verrichten können, ohne daß eine bestimmte Prozedur festgesetzt wird. Sie werden dann dem Rat Rechenschaft ablegen, der die Angelegenheit seinerseits weiter verfolgen wird und jederzeit zusammentreten kann, um die Ergebnisse der Untersuchung zu prüfen.

Berlin, 2. Sept. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Genf, der belgische Delegierte Symans werde in der heutigen Sitzung des Völkerbundsrats vorschlagen, man solle Vertreter Polens u. Deutschlands zur gemeinsamen Beratung unter dem Vorsitz des Grafen Jeschke nach Genf berufen.

Eine neue Warnung an Polen und Deutschland.

Genf, 1. Sept. „Echo de Paris“ meldet aus Opatow, daß die interalliierte Kommission sowohl an Deutschland wie an Polen eine neue Warnung zugehen ließ, da bestimmte Anzeichen auf Vorbereitungen in beiden Staaten schließen lassen. — Daß man auch Deutschland warnt, ist eine reine Formel, denn die Entente weiß wohl, daß die Gefahr von Polen kommt.

Rückkehr Leronds.

Paris, 1. Sept. General Lerond begibt sich mit dem Norddeputierten nach Oberweiler.

Foch inspiziert die polnische Armee.

Warschau, 2. Sept. Der angekündigte Besuch des Marschalls Foch und seines Generalstabschefs in Warschau wird anfangs September stattfinden. Marschall Foch wird etwa 14 Tage in Polen bleiben und während dieser Zeit die Armee und die Festungen besichtigen und Truppenübungen betrauen.

Gemeinsame Sitzung zwischen deutschen und polnischen Arbeitnehmern- und Arbeitgebervertretern.

Kattowitz, 31. Aug. Gestern fand in Kattowitz das erste Mal seit der durch den Aufruf hervorgerufenen Spannung wieder eine gemeinsame Sitzung der deutschen und polnischen Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbands über Lohnfragen statt. Es wird angenommen, daß trotz der ablehnenden Erklärung der polnischen Gewerkschaftsvertreter eine Einigung erzielt werden wird.

Zur auswärtigen Lage. Einspruch der Alliierten gegen das deutsch-französische Wiederaufbauabkommen?

Berlin, 1. Sept. Aus dem Haag wird dem „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ gemeldet: Von verschiedenen Seiten liegen Anzeichen vor, daß die zwischen Loucheur und Rathenau getroffenen Vereinbarungen dem Protest der übrigen Ententeländer begegnen werden. Man ist der Ansicht, daß Frankreich durch diese Regelung sich Prioritätsrechte gesichert hat, die ihm nach dem Versailler Vertrag nicht zugesprochen werden können und durch welche die Interessen der anderen Ententeländer gefährdet werden, besonders Belgiens werde durch die Loucheur-Rathenausche Regelung direkten Schaden leiden, aber auch die englischen Interessen seien gefährdet.

Der österreich-ungarische Konflikt.

Wien, 31. Aug. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Budapest meldet, protestierte die Interalliierte Generalkommission heute in Budapest gegen die Vorkommnisse in Bestungarn, sowie gegen die Haltung der ungarischen Regierung.

Wien, 31. Aug. Der gestrige Ministerrat beschloß, Teile der österreichischen Reichswehr zur Unterstützung der Gendarmen marschbereit zu halten.

Genf, 31. Aug. Vormittags drangen ungarische Freischärler bei Hohenzburg in Ofstiermarkt ein, wurden aber sofort zurückgetrieben.

Wien, 1. Sept. Nachrichten von der slowenischen Grenze besagen, daß ungarische Banden an mehreren Grenzpunkten festgesetzt wurden. In Krosbad und Ladjach verübten ungarische Truppen Plünderungen. Die Säuberungsaktion durch Abteilungen des Bundesheeres ist im Gange.

Griechische Siegesnachricht.

Athen, 1. Sept. (Amtlicher Kriegsbericht vom 31. August.) Nach den bis gestern abend eingegangenen amtlichen Berichten ist der Feind nach einer sechstägigen erbitterten Schlacht bei den stark be-

festigten Anhöhen des Ufers der Flüsse Goel und Katanabij auf der ganzen Linie gewichen. Die Schlacht fand auf einer Front von Dorf Erel an dem östlichen Ufer des Sangarios bis 60 Kilometer östlich davon statt. Die auf dem Rückzug befindlichen türkischen Streitkräfte werden von den griechischen Truppen hart verfolgt.

Paris, 1. Sept. Nach einer „Lemps“-Melbung aus Athen wird bestätigt, daß der linke Flügel der türkischen Armee nach Nordosten in der Richtung auf Angora zurückgeht.

Amerika und die Abrüstungskonferenz.

Paris, 31. Aug. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wünschen die Vereinigten Staaten einen Vertrag oder ein Abkommen mit den alliierten Hauptmächten zu schließen, um vor der Zusammenberufung der Abrüstungskonferenz nicht nur die Frage von Yap, sondern auch gewisse ähnliche Mandatsfragen zu klären.

Ausland. Die angeblichen Zustände in Rußland.

Kopenhagen, 2. Sept. Der „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors gemeldet: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Aufhebungsbewegung ständig zunimmt. Die Sowjetregierung in Moskau hat einen besonderen Ausschuß eingesetzt, dessen einzige Aufgabe die Bekämpfung der vielen Aufstände ist, die in allen Teilen Rußlands ausbrechen, namentlich in den von der Hungersnot heimgesuchten Gebieten. Das Gebiet von Samara ist vollkommen von Lebensmittel entblößt. Alles zur Verfügung stehende Unkraut, das nur im geringen Maße ist, wird zu hohen Preisen verkauft. An Fleisch gibt es nur Katzenfleisch. Infolge dieser Ernährung sind unter der Bevölkerung zahlreiche Krankheiten ausgebrochen. Zwei Dampfer mit 1200 Tonnen Lebensmitteln der amerikanischen Hilfsaktion sind in Riga eingetroffen. Nach Moskau sind bereits 22 Eisenbahnwaggons mit amerikanischen Lebensmitteln abgegangen. Elf Mitglieder der amerikanischen Hilfsaktion reisen in der nächsten Woche dahin ab.

Zerstörung des größten amerikanischen Luftschiffs.

Newport, 1. Sept. Das amerikanische Luftschiff „D. 6“, das größte Luftschiff der Vereinigten Staaten, ist auf der Marineflugstation von Rodaway durch eine Benzinexplosion zerstört worden.

Aus Stadt und Land. Calw, den 2. September 1921. Protestversammlung.

(Am Mittwoch abend hielten die sozialdemokratische Partei und der Ortsausschuß Calw des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes im „Bad. Hof“ ihre Protestversammlung „Gegen den politischen Mord und für die Republik“. Der Saal war gut besetzt. G. Stör beglückwünschte den Redner des Abends, Gewerkschaftsführer Dreher-Stuttgart und die Anwesenden. Er wies in einer lang angelegten Rede auf die Bedeutung der Stunde hin und erinnerte an die politischen Ziele der sozialdemokratischen Partei und wie sie dem wegen 12 Jahre unter dem „Sozialistengesetz“ gestanden, aber auch diese Zeit überstanden habe, wie Scheidemann durch seinen Verständigungsfrieden Deutschland vor dem Untergang habe retten wollen, wie der „Scheidemann-Friede“ als „Schmach-Friede“ von den politischen Gegnern beschimpft wurde, wie vor allem Erzberger, der auf Verlangen der Obersten Seereschießung persönlich den Waffenstillstand notgedrungen abgeschlossen habe, unter der Besetzung durch die alldeutsche Presse habe leiden müssen, bis ihn endlich die Kugel getroffen habe, von der Hand jener feigen Norddeutschen, die 1918 ausgerissen seien. Daß die Rechtsparteien zu einem solchen Auftreten in der Lage gewesen seien, daran seien vor allem die radikalen Sozialisten unter den Sozialisten schuldig. Darauf erteilte er Herrn Dreher das Wort. Dieser führte in einer 1 1/2 stündigen Rede unter anderem folgendes aus: Wie in Calw, so strömte zu dieser Stunde an unzähligen Orten Deutschlands Männer und Frauen zusammen, um Stellung zu nehmen gegen die Umtriebe der Reaktion. Es sei das erste Mal seit der Revolution, daß die Arbeiterschaft (Kopf- und Handarbeiter) sich wieder in ansehnlicher Zahl zusammenfänden und die zwei sozialistischen Parteien zu gemeinsamer Abwehr der Reaktion auf den Plan rufe. Calw habe ja nicht unter dem Parteizwist in der Art anderer Städte gelitten. Die Schritte auf Erzberger bedeuteten das Signal der Reaktion. Nicht dem Privat, nicht dem Zentrumsmann hätten sie gegolten, sondern dem republikanischen Erzberger. Sie seien wie das der Mord von Ceramio 1914 war das Vorzeichen größerer Folgen. Die Reaktion sei erschlossen, mit den bestehenden Zuständen aufzuräumen. 1918 habe sie nicht an Widerstand gedacht und sich mit den gegebenen Umständen abgefunden, um Deutschland aufrichten zu helfen. Das sei jetzt verschieden. Die Gutmütigkeit und der Eudemismus des Proletariats werde mißbraucht, um Freiheit und Republik zu stützen. Sie werde dem Proletariat gegenüber nicht so edel- und großmütig sein. Mit Angeln und durch Hunger werde sie den Widerstand der Arbeiter zu brechen versuchen. — Der Redner verles eine Artikel aus dem „Miesbacher Anzeiger“ und anderen Blättern. — Die Reaktion wolle ihre Macht wieder haben, sie sehe in den andern nur die Untertanen, die sie beherrschen wolle. Arbeiter und Beamte müßten deshalb gemeinsam Sache zur Abwehr machen. Es müßte nichts, wenn in meinheimliche oder in der württ. Regierung einige Sozialisten als Minister kämen, solange die Exekutivbeamten, statt ihre Pflicht gegen den Staat zu erfüllen, die Republik sabotierten. Die Beamtenherrschaft sei die beste Stütze der Reaktion. Diese habe auch die Reichswehr und deren Führer für sich gewonnen. Diese letzteren beteiligten sich an allen Kundgebungen gegen die Republik. Aber die Reichswehr müsse zuverlässig sein, die Republik bis auf das Ziel zu verteidigen. Die heutige bürgerliche Republik sei ja nicht das Ideal der Sozialisten, sondern nur ein Weg zur sozialistischen Republik, zum Fortschritt. Über den letzteren müßten auch die Sozialisten anerkennen und verteidigen. Die Reichswehr und die Beamtenherrschaft müßten deshalb von allen reaktionären Elementen befreit werden, ob es sich um einfache Soldaten oder Führer handle. — Eine weitere Machtsütze der Reaktion sei die Klassenjustiz. Schieber und Schleichhändler würden zu milde, die Rapp-Verbrecher seien überhaupt nicht bestraft. Damit müsse Schluß gemacht werden. Die illegale

Der diesjährige Montan...
 Zusammenfassung der...
 Preis 450...
 Sonstige...
 Preis 450...
 Sonstige...
 Preis 450...
 Sonstige...

und Skandinavien auf der Front vom ... bis 60 Kilometer ...

in Rußland. ... "Eidende" wird auf ...

Land. 2. September 1921.

Sozialdemokratische Partei. ... Gegen den politischen ...

... Organisationen (Degech u. ä.) müßten aufgehoben werden. Die ...

Durchgreifende Reform der Rechtspflege. Durchdringung derselben mit sozialem und demokratischem Geiste.

Aufhebung des nur noch im Interesse der Reaktion liegenden Belagerungszustandes in Bayern, Ostpreußen und den übrigen Reichsteilen.

Die Forderungen der Reaktion seien die Monarchie, der Revanchegedanke, die Wiederherstellung des Militarismus, die Abschaffung des 8-Stundenlages, des Wahlrechts mit 20 Jahren, des Frauenwahlrechts und des Betriebsratsgesetzes.

Vom Calwer Schlachthaus. In der Zeit vom 16. bis 31. August 1921 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 7 Ochsen, 8 Rinder, 4 Ferkel, 8 Kühe, 57 Kälber, 32 Schweine und 3 Schafe.

Mutmaßliches Wetter am Samstag und Sonntag. Der Hochdruck beherrscht noch weiter die Wetterlage.

Liebentzell, 2. Sept. Es wird auf das morgen, Samstag abend, im Gasthof zum Adler stattfindende Konzert aufmerksam gemacht.

Neuweiler, 2. Sept. Bei der Postagentur Neuweiler gingen in 65 Sendungen 326 M. für das Oberschlesische Hilfswerk ein.

Wiltbad, 31. Aug. Der weltberühmte Kurort hat auch dieses Jahr seine alte Anziehungskraft bewiesen. Die Zahl der Kuristen beträgt jetzt schon annähernd 16000.

Wiltbad, 31. Aug. Die Sammlungen des Stadtschultheißenamts und Stadtkommissariats für das Oberschlesische Hilfswerk ergaben hier den ansehnlichen Betrag von M. 33351.

Flacht, D.-A. Leonberg, 1. Sept. Die Ruhr raffte einen 59 Jahre alten Mann nach kurzer Krankheit hinweg. Ebenfalls starb ein Mädchen im Laufe des gestrigen Tages.

Stuttgart, 31. Aug. Eine Versammlung der Maler-Gehilfen beschloß nach Ablehnung ihrer Lohnforderungen durch die Unternehmer, sofort in den Streik zu treten.

Zweiflingen, D.-A. Dohringen, 31. Aug. Eine ruchlose Tat hat unter dem Viehbestand des Landwirts Breuninger hier mehrere Opfer gefordert, zwei Kühe sind ergegangen.

Obstverkauf. Der diesjährige Ertrag der städt. Obstbäume wird am Montag, den 5. September 1921 in mehreren Losen meistbietend versteigert.

Haarpfängen repariert dauerhaft Friseur Obermatt.

Waldosen mit einem eisernem Vorherd verkauft oder tauscht gegen Kochofen.

Zimmer per sofort zu mieten. Angebote unter W.3.202 an die Geschäftsstelle, ds. Blatt.

Eingang der Neuheiten

Damen-Mäntel für Herbst und Winter

Kostüme in Wolle und Halbwolle

Kostüm Röcke in Wolle und Halbwolle

Ernst Schall, Calw.

... und Kohle auf Abschlagszahlung von den Händlern bezogen werden können.

Rotenburg, 30. Aug. In dieser Woche wurde mit der Frühhopfernte begonnen. Die Nachfrage nach Hopfen ist groß.

Oberndorf, 31. Aug. Die hiesige Baugenossenschaft will 30 Wohngebäude erstellen. Jeder soll auf etwa 65000 M. kommen.

Schramberg, 31. Aug. Der Gemeinderat beantragte beim Oberamt den Austritt der hiesigen Stadtverwaltung aus dem Amtsförperschaftsverband.

Wienfurt, 31. Aug. Auch in unserem Ort hat sich die gefährliche Ruhrpest eingeklärt. Bereits liegt eine junge Frau schwerkrank darnieder.

Kavensburg, 31. Aug. Im Laufe der letzten Tage sind mehrere Familien an Wurstvergiftung erkrankt. Wie festgestellt wurde, ist die Erkrankung auf den Genuß einer Wurst zurückzuführen.

Friedrichshafen, 31. Aug. In der gegen den Oberkassenwächter Gottlieb Lang bei der hiesigen Güterstelle anhängigen Untersuchungssache wegen unerlaubten Handels mit Arzneimitteln und wegen Schmuggel mit Tabakwaren sind laut „Seeblatt“ weitere 10-15 Personen verwickelt.

Friedrichshafen, 1. Sept. Auf der Ueberfahrt nach Ueberlingen kenterten in dem Nordweststurm die Jollen „Praxedis“ und „Gertraud“. Die Insassen wurden von der Manzellener Küstenjolle „Wiborad“ aufgenommen und in Kortschach an Land gebracht.

Bom Bodensee, 31. Aug. Am Sonntag, den 11. September werden die Postangestellten eine internationale Bodenseefahrt abhalten, an der sich die Postangestellten sämtlicher Bodenseeuferstaaten beteiligen werden.

Deutscher Textilarbeiter-Verband Ortsverwaltung Calw.

Am Sonntag, den 4. September, nachmittags 1/2 3 Uhr, findet im Saale der Branerei Drefß die halbjährliche Generalversammlung statt.

Herzliche Einladung um **Jahres = Fest** des Jugendbunds Breitenberg-Oberkollwangen Sonntag, 4. September nachm. 2 Uhr im Garten von Jakob Braun.

Freundliche Einladung
zur
50jährigen Jubelfeier
des
Bezirks Calw
der
Bischöfl. Methodistenkirche
in Deutschland
am **Sonntag, den 4. September.**
Vormittags 10 Uhr:
Festpredigt
Inspektor Kuder.
Anschließend bei günstiger Witterung ein
Gedächtnisgottesdienst auf d. Friedhof
Nachmittags 2 Uhr:
Festgottesdienst.
Jedermann ist willkommen.
Der **Gemeindevorstand.**

Rötenbach.
Nächsten Sonntag, den 4. September,
nachmittags 2 1/2 Uhr findet die
Einweihung
der **Krieger-Ehrentafel**
für die **Gefallenen**
hier statt. Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der **Gemeinderat**
J. A. Schultheiß Pfarrer.

Stammheim, 1. September 1921.
Dankagung.

Allen denen, welche bei dem so schnellen
Hinscheiden unserer guten Tochter
Elise
zu ihrer letzten Ruhestätte nach den letzten
Liebesdienst erwiesen haben, sagen wir auf
diesem Wege unseren herzlichsten Dank
Familie Jakob Kirchherr.
Familie Otto Ruf.

Weizenmehle
bekannte Fabrikate, liefert an Bäckereien und
Wiederverkäufer zu Engros-Preisen.
Halte ständig Lager darin.
Adolf Lug, Fernsprecher Nr. 6.
Eine noch sehr gutehaltene f a h r b a r e

Mosterei mit Presse
(jedoch getrennt, Fabrikat Stohrer)
hat nächsten Samstag, mittags 12 Uhr
preiswert zu verkaufen.
Gottlieb Fuchs, jr., Simmozheim.

Fahrpläne für den Bezirk Calw
erhältlich das Stück zu 50
in der Geschäftsst. ds. Blattes.
Gedenkel der Not in Oberschlesien!

Bad Liebenzell Hotel „Adler“.
Richard-Wagner-Abend
von
Alfred Färbach
Heldentenor am National-Theater Mannheim.
Am **Samstag, den 3. September,**
abends 8 1/2 Uhr.

Gelegentlich der Uebersiedlung nach
Nord-Deutschland sagen wir hiermit
allen Bekannten u. Geschäftsfreunden
herzlich Lebewohl.
Familie **Trau, Bad Teinach.**

Neuhengstett.
Herzliche Einladung
zu einer
Wald-Versammlung
am **Sonntag, den 4. September, mittags**
2 1/2 Uhr an der Straße **Neuhengstett-Calw.**
Bei schlechtem Wetter in der Kirche.
Thema:
Bergebliche Gnade.
Redner: **Gemeinschaftspfleger Junger.**

Süddeutsche Vereinigung für
Evangelisation und Gemeinschaftspflege
Kentheim.
Zu unserer am
Sonntag, 4. September, nachm. 1/3 Uhr
in der Kirche
stattfindenden

Jahres-Konferenz
laden wir Jedermann herzlichst ein.
Thema: **Gottes Gnaden-Wege mit uns**
Menschen-Kindern.
Verschiedene Redner.
Die **Gemeinschaft.**

Brockmanns
Futterkalk
Marke **B**
für **Bleeh und Schweine**
— das beste. —
F. Volz, Handlung,
Oberreichenbach.
Weilberstadt.
Erstmals 14 Wochen träch-
tiges schönes
Mutterschwein
verkauft
Gottlob Wagner.

Hirsau.
Eine sehr gute
Handschrotmühle
besond. geeignet für **Welsch-**
korn und Futtermittel, sowie
eine gute hornlose reharbige
Milchziege
billig zu verkaufen.
Liebenzellerstr. 145 a
(Früheres Elektr. Werk.)
Eiserne
Kinder-
Bettstelle
samt **Matratze**
billig zu verkaufen.
Von wem? sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Blattes.

Markenreies
Weißmehl 0
Roh- u. Brotmehl
Kartoffel-
Stärke-mehl
Leigwaren
empfiehlt billigt
F. Nonnenmacher.

Kaffee
in bekannt guter
Mischung,
roh und jede
Woche frisch
gebrannt
empfiehlt
C. Serva
Fernsprecher-Nr. 120.

Alle Hausfrauen
kaufen Triumph-Möbel-Bug
Wunderschön
Stets staubfreie, prachtvolle
Möbel.
Georg Pfeiffer, Calw;
Fr. Lamparter, Calw;
R. Otto Vinçon, Calw.

Landw. Anwesen
gleich welcher Größe u.
welcher Lage, mögl. mit
lebendem und totem
Inventar
zu **kaufen gesucht**
Angeb. unt. N. B. 180
erbeten an d. Geschäfts-
stelle ds. Blattes zur
Weiterbeförderung.

Alttertumsammler
sucht einen
Kleiderschrank
160-200 cm breit
Näheres in der Geschäfts-
stelle ds. Blattes.

Monakam.
5-6 Wochen alte schöne,
deutsche
Schäferhunde
verkauft
M. Volle.


feuerio
Doppelfettseife
80% Fett
daher größte **Ausgiebigkeit,**
das Beste für die **Wäsche.**
• **VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTT GART**
• **Zu haben in allen einschlägigen Geschäften**

Lichtspieltheater Badischer Hof
Morgen **Samstag** abend 8 Uhr
II. Teil von
Homunculus
„Die Vernichtung d. Menschheit“
mit Beiprogramm:
Die Jungfrau von Orleans
in Schlotterdecke.
Die **Sonntag-Vorstellungen** fallen aus.

Veteranen- u. Militärverein
Sonntag, den 4. September
1921 von nachmittags 5 Uhr
ab findet im „**Badischen Hof**“
Familien-Abend
statt, wozu wir die Herren Kameraden mit
ihren werten Angehörigen freundl. einladen.

Erlaß
des Preuss. Unterrichts-Ministeriums vom 29. Dezember 1920.
„Auf das sich durch leichte Erlernbarkeit und Schreibfähigkeit
auszeichnende System
Stolze-Schrey
wird empfehlend hingewiesen.“
Ein **Kurs** zur Erlernung des Stenographie-
systems **Stolze-Schrey** beginnt am
Donnerstag, den 8. September 1921, abends 8 Uhr in
der **Mädchenschule** in der **Badgasse.** Anmeldungen werden
bei **Beginn** des **Kurses** entgegengenommen.
Stenographenverein Stolze-Schrey Calw.

Club „Amicitia“ Liebenzell
hält am **Sonntag, den 4. September,** im Saale
des **Gasthofs zum „Röhl“** in **Neuhengstett**
eine große
Sanz-
Unterhaltung
ab, wozu jedermann freundlichst ein-
geladen wird. Der **Vorstand.**
la Streichmusik. Beginn 3 Uhr.

Möttlingen.
Sonntag, den 4. September 1921
im **Gasthaus zum „Dörsen“**
große
Hunde-  **Schau.**
Hiezu laden freundl. ein mehrere **Hundefreunde.**

Prima neuen, süßen
M o s t
im **Ausschank, auch über die Straße.**
Fr. Schab, zur „Jungfer“.
Frische Trester können abgeholt werden.

Sofort zu verkaufen:
Herrl. Landhaus in Bad Teinach
im **Schwarzwaldfuß** gebaut; mit 6 Zimmer, Küche,
Bad mit **Wanne** und **Ofen,** Waschküche, Pumpstation
für **Wasser, elektr. Licht, Wasserleitung, Telefon,** etwa
2 Morgen **parkähnliche Anlagen** (**Tannenwald**).
Preis **140 000 Mark** möglichst **Barzahlung.**
Ehrliche Interessenten wenden sich an den **Beauftragten**
J. Proß, Immo-
bilien, Bad Teinach.
Rückporto erbeten. Besuch erwünscht.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Nr. 205.
Die Reichstags-
Sitzung
Reichstags, der
des Ausnahmezustand
Dr. Meißner (S)
schuf angerufen w
entwurf beantragen
Dittmann und Dr
Langer, der Reich
Innern, die auch
begündete alsban
hebung des Aus
Der bayrische
des N
Berlin, 2. Se
führte der Abge
Antrags u. a. a
zu den von dem
Ausnahmeverord
rauf hinarbeiten
werden könne u
waltung und Ju
würden. Das
zustand in Ban
der Reichsverfas
mittels der Re
schreiten, wenn
sollten. Hierauf
entweder glaube
festigung anger
zustand verzichte
Der letzteren A
ihre der weitaus
die gegenwärtig
absehungswidrig
regierung sich ve
ganze Reich ein
Anschauung wä
möglich sein jo
demokratische S
zu begegnen und
tischen Bestimm
aus schwerwiege
gesprochenen W
der bayrischen
Innern habe an
halten, wenn v
Ränder der Aus
Er möchte wün
diesem Standpu
wässer Parteien
Lage zu versche
Ueberzeugung in
einem partecip
Reichsregierung
lution ankomme
der bayrischen
seine Ausführun
vom 29. August
desregierungen
Lohheit, den B
Verordnung üb
bayrischen Regi
Dittats, sondern
möglich sein, die
hende Frage in
Hierauf nahm
breach die Hoffn
Verhandlungen
ein Einvernehm
gerungszustande
langlers sich a
K a h l als Be
Partei sich auf
auch bereit sei,
fassung betämp
Abgeordneter 2